

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

zum/zur

A0082/12 - **Fraktion SPD-future!**,

Bezeichnung

Maßnahmen zur Verhinderung von Metalldiebstählen

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister  
Ausschuss für kommunale Rechts- und  
Bürgerangelegenheiten  
Stadtrat

02.10.2012  
15.11.2012  
06.12.2012

### Der Stadtrat möge beschließen:

*Der Oberbürgermeister wird gebeten,*

*1. zur kurzfristigen Prävention von Metalldiebstählen in der Landeshauptstadt Magdeburg einen Runden Tisch unter Beteiligung des Ordnungsamtes, der Polizei, von Altmetallhändlern und von Metalldiebstählen betroffenen städtischen Gesellschaften sowie privaten Unternehmen einzuberufen, mit dem Ziel, durch gemeinsames Vorgehen Sicherheitsmaßnahmen zu entwickeln,*

*2. sich bei der Landesregierung für die umgehende Einführung einer Buchführungspflicht für Metallhändler auf Grundlage der Gewerbeordnung nach §38 Abs. 3 GewO einzusetzen.*

*Um sofortige Abstimmung wird gebeten.*

### **Antwort zu 1.)**

Die Einberufung eines temporären „Runden Tisches“ unter der Leitung der Stadt wird als sinnvoll angesehen. Da es sich hierbei um die Bekämpfung von Straftaten handelt, muss neben der Polizei auch die Justiz in diesem Gremium vertreten sein.

Mit den Magdeburger Altmetallhändlern könnten parallel von Seiten der Polizei und der Gewerbeabteilung des Ordnungsamtes separate Gespräche stattfinden, die sich auf die strafrechtlichen und gewerberechtlichen Belange konzentrieren. Dazu könnten auch Selbstverpflichtungen der Altmetallhändler zur Buchführung zählen.

In den Beratungen soll dann eine Reihe von Maßnahmen besprochen werden, die eine Reduzierung der Diebstähle zum Ziel haben. Dazu gehört natürlich auch die Buchführungspflicht der Altmetallhändler nicht nur in Sachsen Anhalt sondern in allen Bundesländern.

Als weitere Aufgabenfelder könnten auch Händler für Kraftfahrzeuge, Fahrräder und Edelmetalle mit in die gesetzlichen Regelungen einbezogen werden.

**Antwort zu 2.)**

Eine Buchführungspflicht für Metallhändler wird seitens der Stadtverwaltung als ein sehr wirksames Mittel angesehen, um Metalldiebstähle wirksam einzudämmen. Allerdings sollte von allen Seiten (Polizei, Stadtverwaltung, politische Parteien im Stadtrat und in im Landtag, private Wohnungsbaugesellschaften, private Eigentümer, usw.) ein entsprechender Druck auf den Gesetzgeber im Land und im Bund aufgebaut werden.

Holger Platz